

Nahost

USA: UN-Gericht soll sich in Gaza-Konflikt zurückhalten

Live-Blog

Britische Behörde erhält Meldungen über Explosion im Roten Meer +++
Schweiz will Hamas für fünf Jahre verbieten +++ Der Newsblog.

Anna Kipnis

21.02.2024 - 17:28 Uhr aktualisiert



Seit Montag läuft bei dem höchsten Gericht der Vereinten Nationen eine Anhörung zur Frage, ob die seit fast 60 Jahren dauernde israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete rechtmäßig ist. Foto: dpa

21.02.2024 – 18:48 Uhr

Christoph Sandt

Israelischer Minister - Erste Hinweise für neues Geisel-Abkommen

Zwischen Israel und der Hamas bahnt sich nach Angaben des israelischen Ministers Benny Gantz womöglich ein neues Abkommen zur Freilassung der Geiseln ab. "Es gibt vielversprechende frühe Anzeichen für mögliche Fortschritte", sagt das Mitglied des Kriegskabinetts von Regierungschef Benjamin Netanjahu. "Wir werden nicht aufhören nach Wegen zu suchen und keine Gelegenheit auslassen, unsere Mädchen und Jungen nach Hause zu bringen", fügt er hinzu. Komme keine Vereinbarung zustande, werde Israels Militär im Gazastreifen auch während des muslimischen Fastenmonats Ramadan weiterkämpfen.

21.02.2024 – 18:47 Uhr

Christoph Sandt

Palästinenser: Junge bei Zusammenstößen im Westjordanland getötet

Bei Konfrontationen im Zuge eines israelischen Armeeeinsatzes im besetzten Westjordanland ist palästinensischen Angaben zufolge am Mittwoch ein 14-Jähriger getötet worden. Dem Jungen sei ins Herz geschossen worden, teilte das Gesundheitsministerium in Ramallah mit. In einem Ort östlich der Stadt Kalkilia sei es zu Zusammenstößen zwischen israelischen Soldaten und Palästinensern gekommen, berichtete die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa. Vier Menschen wurden den Angaben zufolge festgenommen.

Israels Armee teilte auf Anfrage mit, in dem Ort im Nordwesten des Palästinensergebiets habe ein Palästinenser einen Molotowcocktail auf einen zivilen, israelischen Bus gefeuert. Zudem habe es gewaltsame Ausschreitungen gegeben. Verdächtige hätten Steine auf die israelischen Einsatzkräfte geschleudert. Diese hätten daraufhin scharf geschossen und dabei eine Person getroffen.

★ 21.02.2024 – 17:04 Uhr

Anna Kipnis

**USA: UN-Gericht soll sich in Gaza-Konflikt zurückhalten**

Die USA haben den Internationalen Gerichtshof aufgerufen, sich im Gaza-Krieg mit einseitigen Forderungen an Israel zurückzuhalten. Die Aufforderung, die besetzten Gebiete unverzüglich und bedingungslos zu räumen, könnte den Friedensprozess noch weiter blockieren, warnte der Rechtsvertreter der USA; Richard Visek, am Mittwoch vor dem Gericht in Den Haag. Das Gericht sollte nicht versuchen, den lang andauernden Konflikt mit einem Rechtsgutachten zu lösen, das nur das Verhalten einer Seite gezielt anspreche.

Seit Montag läuft bei dem höchsten Gericht der Vereinten Nationen eine Anhörung zur Frage, ob die seit fast 60 Jahren dauernde israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete rechtmäßig ist. Eine Rekordzahl von 52 Staaten und drei internationalen Organisationen beteiligt sich daran. Eine Entscheidung des Gerichts wird erst in Monaten erwartet.



UN-Gericht dpa

21.02.2024 – 16:56 Uhr

Anna Kipnis

**UN warnen: Kaum noch Hilfslieferungen in den Gazastreifen**

Die Hilfslieferungen in den Gazastreifen sind nach Angaben der Vereinten Nationen in den vergangenen zwei Wochen nahezu zum Erliegen gekommen. Die prekäre Sicherheitslage macht es zunehmend schwerer, über die Grenze gebrachte Lebensmittel zu verteilen, wie aus Daten der UN und Aussagen von Mitarbeitern der Organisation hervorgeht.

UN-Sprecherin Eri Kaneko appelliert an die Verantwortung des israelischen Militärs zur Sicherstellung von humanitärer Hilfe: „Hilfsgüter, die sich an der Grenze stapeln, sind ein Beweis für das Fehlen einer sicheren Umgebung“, sagt sie. Israel weist die Vorwürfe zurück.

21.02.2024 – 16:23 Uhr

Anja Holtschneider

**Britische Behörde erhält Meldungen über Explosion im Roten Meer**

Die britische Marine-Behörde UKMTO erhält Berichte über eine Explosion im südlichen Roten Meer. Die Detonation habe sich etwa 40 Seemeilen (rund 75 Kilometer) westlich der jemenitischen Küstenstadt Al-Hudaida ereignet, teilt die UKMTO mit. In der Nähe befindliche Schiffe seien nicht beschädigt, Besatzungsmitglieder nicht verletzt worden.

21.02.2024 – 14:51 Uhr

Anja Holtschneider

**Schweiz will Hamas für fünf Jahre verbieten**

Nach Deutschland und vielen anderen Staaten will auch die Schweiz die im Gazastreifen aktive islamistische Palästinenserorganisation Hamas verbieten. Die Regierung verabschiedete am Mittwoch einen entsprechenden Gesetzesentwurf. Der Entwurf muss noch durch das Parlament. Das Verbot soll zunächst fünf Jahre gelten. Betroffen seien auch mit der Hamas verwandte Organisationen, hieß es in Bern.

21.02.2024 – 14:46 Uhr

Anja Holtschneider

**Große Mehrheit stützt Netanjahus Nein zu Palästinenser-Staat**

Im israelischen Parlament stellt sich eine große Mehrheit hinter das Nein von Regierungschef Benjamin Netanjahu zu Plänen für einen Palästinenser-Staat. Dessen Likud-Partei teilt mit, 99 der 120 Parlamentarier hätten eine entsprechende Erklärung von Netanjahus Regierung unterstützt. International waren Forderungen lauter geworden, Verhandlungen für eine Zwei-Staaten-Lösung wieder aufzunehmen. Doch Netanjahu hatte auch nach einem Gespräch mit US-Präsident Joe Biden gesagt, er lehne eine einseitige Anerkennung eines palästinensischen Staates weiter ab. Seine Regierung pocht darauf, dass die Gründung eines Palästinenser-Staates nur in direkten Verhandlungen zwischen den beiden Seiten erreicht werden könne - und nicht durch internationale Vorgaben.

21.02.2024 – 13:25 Uhr

Timm Seckel

**USA verteidigen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof**

In der Debatte um Israels Besatzungspolitik bekommt das Land Rückendeckung der USA. Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag könne keine umgehende Räumung der besetzten Gebiete anordnen, ohne die Sicherheit Israels zu berücksichtigen, sagt der Rechtsberater des US-Außenministeriums, Richard Visek, bei einer Anhörung des IGH.

Die UN-Vollversammlung hatte den IGH bereits 2022 um ein beratendes Gutachten zur Besatzungspolitik gebeten. Israel hält das Westjordanland seit 1967 besetzt und hat dort den Siedlungsbau vorangetrieben.

21.02.2024 – 08:53 Uhr

Timm Seckel



Syrien meldet Raketeneinschlag in Damaskus

Die syrische Hauptstadt Damaskus ist staatlichen Angaben zufolge von israelischen Raketen getroffen worden. Die Geschosse seien im Stadtteil Kafr Soussa eingeschlagen, melden amtliche syrische Medien. Dort haben mehrere Sicherheitsbehörden Niederlassungen. Im Februar 2023 wurden in dem Stadtteil iranische Militärexperten getötet. Der Iran, der auch die militant-islamistische Palästinenser-Organisation Hamas unterstützt, ist auch ein enger Verbündeter der syrischen Führung. Israel hat bereits mehrfach Ziele in Syrien angegriffen, die in Verbindung mit dem Iran stehen sollen, äußert sich aber selten dazu.

21.02.2024 – 04:47 Uhr

Anne Schwedt

**Insider - Huthi-Angriff auf US-Hilfsfrachter war Versehen**

Der Anschlag auf den US-Frachter Sea Champion ist nach Angaben von Insidern ein irrtümlicher Angriff der militanten jemenitischen Huthi-Miliz gewesen. Der Anschlag auf das Schiff sei ein Versehen gewesen, sagte eine mit der Angelegenheit vertraute Person im Hafen von Aden. Ein anderer Hafenmitarbeiter in Hodeidah, der ebenfalls nicht namentlich genannt werden wollte, sagt, die Huthis hätten mitgeteilt, dass der Angriff nicht beabsichtigt gewesen sei. Vertreter der Huthis sind zunächst nicht für eine Stellungnahme zu erreichen. Nach Angaben des US-Zentralkommandos hat die Sea Champion in den vergangenen fünf Jahren elf Mal humanitäre Hilfe in den Jemen geliefert.

21.02.2024 – 03:04 Uhr

Anne Schwedt

**USA - Huthis zielen auf Frachter mit humanitären Hilfsgütern**

Die militante Huthi-Miliz im Jemen hat nach US-Angaben zwei ballistische Anti-Schiffsraketen auf das unter griechischer Flagge fahrende US-Containerschiff Sea Champion abgefeuert. Eine der Raketen sei in der Nähe des Schiffes explodiert und habe leichte Schäden verursacht, teilt das US-Zentralkommando mit. Der Frachter sei mit humanitären Hilfsgütern auf dem Weg nach Aden im Jemen gewesen.

21.02.2024 – 02:34 Uhr

Anne Schwedt

**Bericht: Bodenoffensive in Rafah vor Ramadan unwahrscheinlich**

Israels geplante Militäroffensive auf die Stadt Rafah im Süden des Gazastreifens wird einem Medienbericht zufolge aus US-Sicht sehr wahrscheinlich nicht vor dem muslimischen Fastenmonat Ramadan beginnen. Diese Einschätzung teilte ein namentlich nicht genannter ranghoher US-Beamter der „Times of Israel“ mit.

Wie die Zeitung am Dienstagabend berichtete, ist Israels Armee noch dabei, größere Einsätze in der seit Wochen heftig umkämpften Stadt Chan Junis nördlich von Rafah abzuschließen. Zugleich ist geplant, die rund 1,5 Millionen Palästinenser in Rafah in Sicherheit zu bringen, bevor das Militär dort gegen die verbleibenden Bataillone der Hamas vorgeht. Die Umsetzung eines solchen Plans samt Mechanismen zur Unterstützung der Menschen nach Unterbringung an anderen Orten nehme Wochen in Anspruch, wurde der Beamte zitiert.

Die Zeitung berichtete unter Berufung auf einen israelischen Beamten weiter, dass die Armee plane, die Zivilisten in Rafah in einem nördlich gelegenen Gebiet zwischen Chan Junis und dem Flussbett Wadi Gaza, das Nord- und Süd-Gaza voneinander trennt, unterzubringen. Sollte Israel dieses Unterfangen nicht vor dem Ramadan, der um den 10. März beginnt, in Angriff nehmen, könnte die Armee laut dem US-Beamten gezwungen sein, bis nach dem für Muslime heiligen Fastenmonat zu warten, hieß es. Ein Angriff auf Rafah während des Ramadan könnte von Muslimen in der ganzen Region als besonders provokant empfunden werden.

21.02.2024 – 02:33 Uhr

Anne Schwedt



US-Vertreter hoffen auf Feuerpause noch vor Ramadan

US-Vertreter zeigen sich zuversichtlich über eine humanitäre Pause im Gaza-Krieg vor dem Fastenmonat Ramadan. Es gebe „große Hoffnung“ auf eine baldige Einigung über die Freilassung der von der Hamas festgehaltenen Geiseln im Gegenzug für eine Kampfpause, sagen zwei demokratische US-Senatoren der Nachrichtenagentur Reuters nach Gesprächen mit der israelischen Führung in Jerusalem und dem jordanischen König Abdullah. Arabische Länder, allen voran Jordanien, haben ihre Besorgnis darüber geäußert, dass Israels anhaltende Offensive gegen die Hamas während des heiligen Monats Ramadan die Spannungen in dem Krieg weiter anheizen könnte. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte zuvor erklärt, Israel sei nicht bereit, jeden Preis für die Freilassung der Geiseln zu zahlen. Der Weg zur Freilassung der Geiseln sei eine Erhöhung des militärischen Drucks auf den Gazastreifen und ein Sieg über die Hamas.

21.02.2024 – 00:34 Uhr

Anne Schwedt



Bericht: Israel baut Straße zur Kontrolle des Gazastreifens aus

Die israelische Armee baut einem Medienbericht zufolge eine Straße quer durch den Gazastreifen aus, um die Sicherheitskontrolle über das palästinensische Küstengebiet auf unbestimmte Zeit aufrechtzuerhalten. Das berichtete die US-Zeitung „Wall Street Journal“ am Dienstag unter Berufung auf nicht namentlich

genannte Verteidigungsbeamte. Die Schotterstraße teilt den abgeriegelten Küstenstreifen südlich der Stadt Gaza von der israelischen Grenze bis zur Mittelmeerküste entlang eines Ost-West-Korridors, der seit Beginn des Krieges gegen die islamistische Hamas vor gut vier Monaten von israelischen Truppen besetzt ist.

Der Ausbau der Straße sei Teil der israelischen Bemühungen, die Topografie des Gazastreifens neu zu gestalten, heißt es in dem Bericht. Dadurch könne sich das Militär auch nach dem Abzug der meisten Truppen weiterhin auf einer sicheren Route schnell durch das Küstengebiet bewegen. Israel kontrolliert bereits wichtige Nord-Süd-Straßen in Gaza.

Der Ausbau der Straße zeige, wie sich die israelische Armee auf die nächste Phase des Krieges vorbereite, in der sie plane, sich aus bewohnten Gebieten zurückzuziehen und auf gezielte Angriffe gegen die Hamas zu konzentrieren, hieß es. Die Ost-West-Route solle so lange genutzt und patrouilliert werden, bis Israels Militäreinsätze abgeschlossen seien. Dies könne noch Monate oder sogar Jahre dauern könnte, hieß es unter Berufung auf israelische Beamte.

20.02.2024 – 23:41 Uhr

Anne Schwedt



Pentagon: Huthi haben US-Drohne über dem Roten Meer abgeschossen

Vor der jemenitischen Küste im Roten Meer ist nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums eine amerikanische Militärdrohne vom Typ MQ-9 abgeschossen worden. Ersten Erkenntnissen zufolge sei die Drohne am Montag von einer Rakete der militant-islamistischen Huthi-Miliz getroffen worden, sagte Pentagon-Sprecherin Sabrina Singh am Dienstag in Washington. Bereits im November hatten die Huthi eine MQ-9-Drohne des US-Militärs abgeschossen. Man habe am Wochenende einen Anstieg der Angriffe der Huthi-Miliz auf die US-Streitkräfte und die Handelsschifffahrt erlebt, sagte Singh auf Nachfrage.

Die Huthi-Miliz im Jemen nimmt im Zuge des Gaza-Krieges zwischen Israel und der Terrororganisation Hamas immer wieder Schiffe im Roten Meer ins Visier. Die vom Iran unterstützte Miliz agiert nach eigenen Angaben aus Solidarität mit der Hamas und richtet ihre Attacken vor der jemenitischen Küste auf Frachter mit angeblicher israelischer Verbindung. Für den Welthandel gilt das Rote Meer als einer der wichtigsten Schifffahrtswege, weil es das Mittelmeer über den Suezkanal in Ägypten mit dem Indischen Ozean verbindet. Die USA und Großbritannien haben deswegen zuletzt Ziele der Huthi im Jemen angegriffen.

20.02.2024 – 20:26 Uhr

Lara Schmalzried

Netanjahu: Lassen uns durch Druck nicht aufhalten

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat die Entschlossenheit seines Landes bekräftigt, sich bei der Kriegsführung im Gazastreifen von Kritik nicht beirren zu lassen. „Es gibt im Inland wie im Ausland beträchtlichen Druck auf Israel, den Krieg zu beenden, bevor wir alle seine Ziele erreicht haben“, sagte Netanjahu am Dienstag bei einem Truppenbesuch in der Nähe der Gaza-Grenze. Der bewaffnete Kampf gegen die islamistische Hamas werde aber weitergehen, bis alle Geiseln freigelassen seien und Gaza für Israel nie mehr eine Bedrohung darstelle. „Kein Druck kann daran etwas ändern.“ Außerdem betonte er im Bezug auf die Geiseln in Gaza: „Wir sind nicht bereit, (für die Geiseln) jeden Preis zu bezahlen, und bestimmt nicht den wahnhaften Preis, den uns die Hamas abverlangen möchte.“

20.02.2024 – 19:53 Uhr

Marc Renner

**Externer Inhalt kann aus Datenschutzgründen nicht angezeigt werden**

Sie können die Inhalte über die Website des Partners abrufen.

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/vor-israels-angekundigter-offensive-in-rafah-das-konnte-ein-todesurteil-fur-die-zivilisten-sein-11236234.html>

20.02.2024 – 18:22 Uhr

Christoph Sandt

Französische Fregatten schießen Drohnen im Roten Meer ab

Zwei französische Fregatten haben im Roten Meer in der Nacht zum Dienstag zwei Drohnen abgeschossen, nachdem sie zuvor vielfältige Drohnenangriffe aus Richtung des Jemen registriert hatten. „Diese Aktionen tragen zur maritimen Sicherheit bei, vom Suezkanal bis zur Straße von Hormus, und unterstützen die Verteidigung der Freiheit der Schifffahrt“, teilte das französische Verteidigungsministerium in Paris mit. Das gleiche Ziel verfolge der am Montag beschlossene EU-Militäreinsatz zur Sicherung der Handelsschifffahrt im Roten Meer.

Deutschland hat zur Unterstützung dieses Einsatzes die Fregatte „Hessen“ in die Region entsandt. Frankreich ist dort bereits seit dem 8. Dezember mit der Fregatte „Languedoc“ präsent, die am 20. Januar Unterstützung von der Fregatte „Alsace“ erhalten hat.

Die militant-islamistische Huthi-Miliz im Jemen nimmt im Zuge des Gaza-Krieges zwischen Israel und der Terrororganisation Hamas immer wieder Schiffe im Roten Meer ins Visier.

★ 20.02.2024 – 16:37 Uhr
Anna Kipnis



US-Veto: UN-Resolution mit Forderung nach Gaza-Waffenruhe scheitert

Im Weltsicherheitsrat ist ein Resolutionsentwurf mit der Forderung nach einer sofortigen Waffenruhe im Gazastreifen gescheitert. Die USA legten am Dienstag in New York ein Veto gegen die Beschlussvorlage von Ratsmitglied Algerien ein.

Angesichts der Sorge um eine drohende israelische Militäroffensive im Gebiet um die mit Flüchtlingen überfüllten Stadt Rafah im Süden des Gazastreifens fand der Vorschlag bei den übrigen Ratsmitgliedern sonst breite Zustimmung: 13 der 15 Ratsmitglieder stimmten für den Entwurf. Großbritannien enthielt sich.

An dieser Stelle finden Sie Inhalte von Brightcove

Aufgrund Ihrer Datenschutzeinstellungen können Sie diesen redaktionellen Inhalt nicht sehen. Um zukünftig mit Inhalten von Brightcove zu interagieren oder diese darzustellen, benötigen wir Ihre Zustimmung.

Zustimmen und Inhalte anzeigen

Ich bin damit einverstanden, dass mir externe Inhalte angezeigt werden. Dadurch können personenbezogene Daten an Drittanbieter weitergeleitet werden. Mehr Informationen dazu finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

20.02.2024 – 14:24 Uhr
Anna Kipnis



Welternährungsprogramm stoppt Lieferungen nach Nord-Gaza

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen hat die Lieferungen dringend benötigter Lebensmittel in den nördlichen Gazastreifen vorerst gestoppt. Die Lieferungen würden solange unterbrochen, bis die Bedingungen in dem vom Krieg in weiten Teilen zerstörten Palästinenser-Gebiet eine sichere Verteilung erlaubten, teilt das WFP mit.

„Die Entscheidung, die Lieferungen in den Norden des Gazastreifens zu unterbrechen, wurde nicht leichtfertig getroffen, da wir wissen, dass sich die

Situation dort weiter verschlechtern wird und mehr Menschen an Hunger zu sterben drohen“, heißt es in einer Erklärung der UN-Hilfsorganisation.

20.02.2024 – 12:51 Uhr

Anton Dieckhoff

Neue WHO-Rettungsaktion von Patienten aus Krankenhaus im Gazastreifen

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat am Montag bei einer zweiten Rettungsaktion 18 schwer kranke Patientinnen und Patienten aus dem umkämpften Nasser-Krankenhaus in Chan Junis im Gazastreifen geholt. Das berichtete ein Sprecher am Dienstag in Genf. 14 waren bereits am Sonntag in andere Krankenhäuser gebracht worden. Darunter seien zwei Kinder gewesen.

20.02.2024 – 12:48 Uhr

Anton Dieckhoff

Israel begrenzt Al-Aksa-Zugang für Muslime während Ramadan

Israel wird nach Angaben seines Ministers für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, während des bevorstehenden Ramadan-Monats die Zahl der muslimischen Bürger begrenzen, die an Freitagsgebeten in der Jerusalemer Al-Aksa-Moschee auf dem Tempelberg teilnehmen wollen. Er kündigt eine Obergrenze von 40.000 bis 50.000 an. Zur Begründung verweist er auf Sorgen, dass es am Ort der Moschee, die zu den wichtigsten heiligen Stätten des Islam zählt, zu Protesten anlässlich des Kriegs im Gazastreifen kommen könnte. Führende arabische Politiker verurteilen die Maßnahme. Der oppositionelle Abgeordnete Ahmad Tibi bezeichnet Ben-Gvir als einen „Brandstifter, der aber jemanden über sich hat, der dafür verantwortlich ist und ihm einen Kanister Benzin reicht.“

20.02.2024 – 11:03 Uhr

Anton Dieckhoff

Hamas-Chef zu Gesprächen in Kairo

Hamas-Chef Ismail Haniyeh ist zu Gesprächen mit Vertretern der ägyptischen Führung über die Lage im Gaza-Krieg in Kairo eingetroffen. Dies teilt die militant-islamistische Palästinenser-Organisation mit. Haniyeh, der sich seit längerem nicht im Gazastreifen aufhält, war zuletzt wiederholt zu Gesprächen in der ägyptischen Hauptstadt.

20.02.2024 – 10:14 Uhr

Timm Seckel



Israel ruft Bewohner von Gaza-Stadt erneut zur Flucht auf

Die israelische Armee hat die Einwohner von zwei Vierteln in der Stadt Gaza zur Flucht aufgefordert. In dem Aufruf, den ein israelischer Militärsprecher am Dienstag in arabischer Sprache veröffentlichte, wurden die Einwohner der Viertel Al-Saitun und Al-Turkman dazu aufgefordert, sich sofort in eine designierte Region weiter südlich am Mittelmeer zu begeben. Dies wurde als Anzeichen für bevorstehende neue israelische Militäreinsätze in den Vierteln gewertet.

Seit Kriegsbeginn am 7. Oktober haben nach UN-Angaben bis zu 1,7 Millionen der insgesamt mehr als 2,2 Millionen Einwohner des Gazastreifens ihre Wohnorte verlassen müssen. Rund 1,5 Millionen Menschen drängen sich den Angaben zufolge allein in der Stadt Rafah an der Grenze zu Ägypten. Häufig mussten Einwohner des schmalen Küstenstreifens mehrmals fliehen. Auch in Gebieten, die als sicher eingestuft worden waren, kam es zu Beschuss.

20.02.2024 – 08:03 Uhr

Anton Dieckhoff

Israels Armee: Wieder Dutzende Hamas-Kämpfer im Gazastreifen getötet

Das israelische Militär hat nach eigenen Angaben seine Angriffe gegen die islamistische Hamas im Gazastreifen fortgesetzt. Bei andauernden „intensiven Einsätzen“ im Westen der seit Wochen heftig umkämpften Stadt Chan Junis im Süden des Küstengebiets seien in den vergangenen 24 Stunden Dutzende Kämpfer der Terrormiliz getötet worden, teilte die Armee am Dienstagmorgen mit. Dabei sei auch ein großes Waffenlager in der Stadt getroffen worden. Auch im Zentrum des abgeriegelten Gazastreifens seien im Verlauf des vergangenen Tages Terroristen getötet worden, teilte die israelische Armee weiter mit. Sämtliche Angaben des Militärs ließen sich zunächst nicht unabhängig überprüfen.

20.02.2024 – 01:24 Uhr

Sarah Sendner



Prinz William macht auf Leid durch Gaza-Krieg und Antisemitismus aufmerksam

Der britische Thronfolger Prinz William (41) will bei mehreren Veranstaltungen auf das menschliche Leid infolge des Gazakriegs Aufmerksam machen. Dabei gehe es auch um den weltweiten Anstieg des Antisemitismus, teilte der Kensington-Palast in der Nacht zum Dienstag mit. Der Sohn von König Charles III. werde Hilfskräfte treffen, die humanitäre Hilfe in der Region leisten, und Erfahrungen von Menschen vor Ort hören sowie an einer Diskussion mit jungen Menschen in einer Synagoge teilnehmen, die sich gegen Hass und Antisemitismus einsetzen.

„Der Prinz und die Prinzessin (Kate) waren zutiefst besorgt über die Ereignisse, die sich Ende 2023 ereigneten, und tragen weiterhin alle Opfer, ihre Familienangehörigen und Freunde in ihren Herzen und Gedanken“, hieß es in der

Mitteilung des Palasts weiter. „Ihre Königlichen Hoheiten teilen weiterhin die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für alle Betroffenen.“

20.02.2024 – 01:24 Uhr
Sarah Sendner



USA legen UN-Resolution für vorübergehenden Waffenruhe im Gazastreifen vor

Die USA bringen einen neuen Resolutionsentwurf in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein, der auf eine „schnellstmögliche vorübergehende Waffenruhe im Gazastreifen“ abzielt. Der Entwurf stellt fest, dass „unter den gegenwärtigen Umständen eine größere Bodenoffensive in Rafah zu weiterem Schaden für die Zivilbevölkerung und zu ihrer weiteren Vertreibung, möglicherweise auch in Nachbarländer, führen würde. Eine solche Bodenoffensive sollte daher unter den gegenwärtigen Umständen nicht durchgeführt werden“, heißt es in dem Papier, das der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt. Wann und ob über den Resolutionsentwurf abgestimmt wird, ist noch unklar. Die USA hatten den Text eingebracht, nachdem Algerien den 15-köpfigen Rat aufgefordert hatte, am Dienstag über seinen Entwurf abzustimmen, der einen sofortigen humanitären Waffenstillstand im Krieg zwischen Israel und der Hamas fordert.

19.02.2024 – 21:10 Uhr
Lara Schmalzried

EU-Staaten fordern sofortige humanitäre Feuerpause für Gaza

Deutschland und 25 andere EU-Staaten fordern eine sofortige humanitäre Feuerpause im Gaza-Krieg. Diese solle zu einem dauerhaften Waffenstillstand, zur bedingungslosen Freilassung der Geiseln und zur Bereitstellung von humanitärer Hilfe führen, sagte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell am Montagabend nach einem Treffen der EU-Außenminister in Brüssel.

Die 26 EU-Mitgliedstaaten forderten Israel außerdem auf, keine militärischen Maßnahmen in Rafah im äußersten Süden des Gazastreifens zu ergreifen. Kritiker befürchten, dass sich die ohnehin schon dramatische humanitäre Situation in dem Gebiet dadurch noch einmal verschlechtern könnte. In der Stadt leben derzeit mehr als eine Million Zivilisten – die meisten von ihnen sind Flüchtlinge aus anderen Teilen des Gazastreifens. Ungarn wollte den gemeinsamen Appell nicht unterstützen, wie die Deutsche Presse-Agentur von mehreren Diplomaten erfuhr. Ungarn gilt in der EU als besonders israelfreundlich.



Josep Borrell AP

19.02.2024 – 20:59 Uhr

Lara Schmalzried

Netanjahu: Militärische Kontrolle über palästinensische Gebiete bleibt

Israel beansprucht selbst im Falle einer Einigung mit den Palästinensern über eine Zweistaatenlösung die umfassende militärische Kontrolle über alle palästinensischen Gebiete. „In jedem Fall, mit oder ohne dauerhafte Lösung: Israel wird die vollständige Sicherheitskontrolle über alle Gebiete westlich des Jordans beibehalten“, sagte Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu am Montagabend in einer Video-Botschaft. Dies schließe „selbstverständlich“ das Westjordanland und den Gazastreifen ein.

Netanjahu hat als Politiker der israelischen Rechten seine politische Karriere zu guten Teilen auf seiner deklarierten Gegnerschaft zur Zweistaatenlösung aufgebaut. „Jeder weiß, dass ich es war, der seit Jahrzehnten die Gründung eines palästinensischen Staates, der unsere Existenz bedrohen würde, blockiert hat“, sagte er am Montag. Seine Regierung hatte am Sonntag einstimmig eine Resolution gebilligt, in der Israel jeden Versuch ablehnt, sich die Gründung eines palästinensischen Staates einseitig „aufzwingen“ zu lassen. Die Entschließung wolle er nun der Knesset, dem israelischen Parlament, vorlegen, sagte Netanjahu am Montag. Ein palästinensischer Staat könne nur „in direkten Verhandlungen“ zwischen Israel und den Palästinensern zustande kommen, hatte er am Sonntag nach der Regierungssitzung erklärt.



Imago

19.02.2024 – 19:53 Uhr

Lara Schmalzried

Brasiliens Präsident ruft Israel-Botschafter zu Gesprächen zurück

Der brasilianische Präsident Luiz Inacio Lula da Silva ruft einem Medienbericht zufolge seinen Botschafter in Israel zu Konsultationen zurück. Das berichtet die Zeitung "Folha de S. Paulo". Der brasilianische Botschafter war zuvor vom israelischen Außenminister zu einer Rüge vorgeladen worden. Davor hatte Israel Lula da Silva zur unerwünschten Person erklärt, solange er nicht seinen Vergleich des israelischen Krieges gegen die Hamas im Gazastreifen mit dem Völkermord der Nazis im Zweiten Weltkrieg zurücknimmt. Israel wirft Lula vor, den Holocaust zu verharmlosen und das jüdische Volk zu beleidigen.

19.02.2024 – 19:52 Uhr

Lara Schmalzried

USA machen eigenen Vorschlag für UN-Resolution zu Gaza-Waffenruhe

Die USA haben einen eigenen Entwurf für eine UN-Resolution zur Waffenruhe in Gaza. Dieser unterstützt unter anderem eine vorübergehende Feuerpause zum schnellstmöglichen Zeitpunkt, wie aus dem von Reuters eingesehenen Text hervorgeht. Eine Großoffensive der israelischen Armee in Rafah im Süden des Gazastreifens sollte es unter den gegenwärtigen Umständen mit Blick auf die gravierenden Folgen für die Zivilbevölkerung nicht geben.

Damit unterbreiten die USA einen konkurrierenden Text zu dem von Algerien vorgelegten Resolutionsentwurf, der eine sofortige humanitäre Waffenruhe vorsieht. Am Sonntag hatten die USA aber ein Veto gegen den vor zwei Wochen eingereichten Entwurf angedeutet. Der UN-Sicherheitsrat werde wohl am Dienstag darüber abstimmen, hieß es aus Diplomatengruppen. Bislang ist offen, ob die USA ihren Entwurf zur Abstimmung vorgelegen.

19.02.2024 – 18:23 Uhr
Anja Holtschneider



Israel: Haben Waffenlager im Südlibanon angegriffen

Das israelische Militär hat nach eigenen Angaben ein Waffenlager im Süden des Libanons angegriffen. Ziel sei ein Depot nahe der Küstenstadt Sidon gewesen, sagt der israelische Militärsprecher Daniel Hagari. Dabei sind libanesischen Sicherheitskreisen zufolge mindestens acht Menschen verletzt worden. Getroffen wurde demnach ein Industriegebiet etwa 60 Kilometer von der israelisch-libanesischen Grenze entfernt. Die Attacke sei eine Reaktion auf eine von der Hisbollah-Miliz abgefeuerte Drohne, die vermutlich am Montag nahe der israelischen Stadt Tiberias abgestürzt sei, sagte Hagari.

19.02.2024 – 16:11 Uhr
Timm Seckel



UN-Sicherheitsrat stimmt über Gaza-Resolution ab

Trotz des Widerstandes der US-Regierung hält der Weltsicherheitsrat bislang an einem Abstimmungstermin zu einer Resolution zum Gaza-Krieg am Dienstag fest. Die von Algerien eingebrachte Beschlussvorlage sieht unter anderem eine Forderung nach einer Waffenruhe im Gaza-Krieg vor und soll für 17.30 MEZ zur Abstimmung gebracht werden. Inmitten der Sorgen um eine Großoffensive in der Stadt Rafah im Süden des Küstengebiets durch die israelische Armee erhöht das den Druck auf den Israel-Verbündeten USA. US-Botschafterin Linda Thomas-Greenfield hatte erklärt, dass die Vereinigten Staaten im Sicherheitsrat erneut von ihrem Vetorecht Gebrauch machen würden, sollte es zu einer Abstimmung kommen.

Die USA brachten am Montag einen Gegenentwurf ein, in dem von einer „vorübergehenden Waffenruhe in Gaza sobald wie möglich“ und bei Freilassung aller Geiseln die Rede ist. Für beide Resolutionsentwürfe - sollte tatsächlich über sie abgestimmt werden - werden Vetos im 15-köpfigen Weltsicherheitsrat erwartet. Die fünf ständigen Mitglieder des mächtigsten UN-Gremiums - die USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien - haben die Möglichkeit, alle inhaltlichen Aktionen des Rates zu blockieren.

Washington hatte in den vergangenen Tagen versucht, eine Abstimmung des

algerischen Texts zu verhindern - eigenen Angaben zufolge, um wichtige Verhandlungen zwischen Israel und der islamistischen Terrororganisation Hamas nicht zu gefährden. Beobachtern zufolge geht es Washington aber auch darum, bei der zunehmend kritisierten Kriegsführung Israels nicht als Wegbereiter gesehen zu werden.

19.02.2024 – 15:51 Uhr
Timm Seckel



Israel erklärt Lula zur persona non grata

Nach einem Hitler-Vergleich hat Israel den brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva zur unerwünschten Person erklärt. Er habe den brasilianischen Botschafter nach Yad Vashem zitiert, schrieb Außenminister Israel Katz am Montag auf X, vormals Twitter. Die Holocaust-Gedenkstätte bei Jerusalem sei „der Ort, der mehr als jeder andere Zeugnis davon ablegt, was die Nazis und Hitler den Juden angetan haben, darin eingeschlossen meine eigene Familie“.

Der brasilianische Präsident hatte am Sonntag Israels Militäreinsatz im Gazastreifen mit dem von Adolf Hitler befohlenen Massenmord an den europäischen Juden verglichen. „Was im Gazastreifen mit dem palästinensischen Volk geschieht, hat es zu keinem anderen Zeitpunkt in der Geschichte gegeben. Beziehungsweise hat es das schon gegeben: Als Hitler beschloss, die Juden zu töten“, sagte Lula während einer Pressekonferenz in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba.

Lula werde so lange Persona non grata in Israel bleiben, bis er sich entschuldige und seine Äußerungen zurückziehe, schrieb Katz.

19.02.2024 – 13:43 Uhr
Anna Kipnis



EU-Außenminister warnen Israel vor Bodenoffensive in Rafah

Die EU-Außenminister warnen Israel vor dem Beginn einer Offensive mit Bodentruppen gegen Rafah im Süden des Gazastreifens. Dies würde eine Katastrophe für die rund 1,5 Millionen Flüchtlinge bedeuten, die in der Stadt an der Grenze zu Ägypten zusammengedrängt sind, sagt der irische Außenminister Micheal Martin. „Sie sind müde, sie sind erschöpft, sie können nirgendwo anders hingehen – wie kann irgendjemand darüber nachdenken, dieses Trauma noch zu verstärken?“

Israel bereitet derzeit eine solche Offensive vor und zielt nach eigenen Angaben auf Kommandozentralen der Hamas und ihre Kämpfer, die sie unter den Zivilisten verstecken sollen, was die Hamas bestreitet.



Wir müssen weiterhin Druck auf Israel ausüben, um ihnen klarzumachen, dass so viele Menschen auf den Straßen von Rafah sind, dass es unmöglich sein wird, zivile Opfer zu vermeiden. Dies wird sicherlich gegen die Achtung des humanitären Völkerrechts verstoßen.

EU-Außenbeauftragte Josep Borrell erklärt, es sei unmöglich, zivile Opfer zu vermeiden.

Mehr Beiträge laden